

Falsche Vorgaben für Schulnetz BBS

Bei der Vorstellung des Berufsschulnetzes am vergangenen Montag beklagte Ministerin Dr. Klaubert, dass Entscheidungen zum Berufsschulnetz über viele Jahre aus verschiedenen Gründen verschleppt wurden. Mit der Vorlage ihres lange erwarteten Schulnetzplanes für die nächsten 6 Jahre soll das nun geändert werden. Eine neue Herangehensweise ist im vorgelegten Schulnetz aber nicht zu erkennen.

Die Entwicklung der Schülerzahlen ist seit Jahren bekannt. Prognosen und Zahlen dazu findet man auf der Homepage des Bildungsministeriums zur Genüge. Zu erkennen ist aber auch, dass die Schülerzahlen nicht so weit abgesunken sind wie prognostiziert und wieder ansteigen sollen. Bei gegenwärtig ca. 41.250 Schülern und geforderten 1000 Schülern pro Schule haben alle staatlichen berufsbildenden Schulen in Thüringen deshalb eine Perspektive.

Die entscheidende Frage ist: Wie erfolgt die Verteilung der Schüler? Hier sind Entscheidungen des Bildungsministeriums seit Jahren überfällig. Bisher, und daran hat sich mit der Vorlage des neuen Schulnetzplanes nichts geändert, wird der Kampf um Schüler zwischen den Schulen direkt ausgetragen. Das hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Schulen im ländlichen Raum immer mehr Schüler an Schulen in den Städten verloren haben.

Es ist bedauerlich, dass nach einjähriger „Diskussion“ zum Schulnetz 2016/17 der Ministerin nichts Neues eingefallen ist. Für 5 zu kleine Schulen werden Konzepte eingefordert, mit der Forderung nach Schulteil oder Schulverbund die Marschrichtung aber gleich vorgegeben. Abgesehen davon, dass sich die betroffenen Schulträger von einer Ministerin nicht ohne weiteres in ihre ureigenen Angelegenheiten hineinregieren lassen werden, sind das keine Lösungen.

Die u. a. geforderte Aufgabe der Schulen in Schleiz, Pößneck und Hermsdorf und deren mögliche Angliederung an Schulen in Gera oder Jena verändert doch nichts. Erst wenn die Schulstandorte komplett aufgegeben werden, würden sich die gewünschten Effekte einstellen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die damit verbundenen längeren Wege für Schüler und Auszubildende weiter sinkende Schülerzahlen zur Folge haben. Es macht also keinen Sinn, Schulen im ländlichen Raum aufzulösen, wenn von den vorhandenen Schülern nur ein Teil in den städtischen Schulen ankommt.

Die Berufsausbildung im ländlichen Raum muss erhalten werden. Deshalb erwarten wir von der Ministerin, sich nicht nur für die immer wieder traditionellen „Büchsenmacher, Holzbildhauer und Glasbläser“ einzusetzen, sondern alle Berufe in Thüringen zu halten. Standorte von gefährdeten berufsbildenden Schulen können durch zusätzlich Aufgaben im Bereich der Weiterbildung oder bei der Beschulung von Flüchtlingen gesichert werden.